

DECHEMA e.V.  
Theodor-Heuss-Allee 25  
D-60486 Frankfurt am Main  
Telefon (069) 7564-0  
Telefax (069) 7564-201  
E-Mail: presse@dechema.de  
<http://www.dechema.de>

## **GVC / DECHEMA-Jahrestagungen 2005 in Wiesbaden - "Zukunft der Chemie in Europa- Rahmenbedingungen und Herausforderungen"**

6. September 2005

**Pressekonferenz  
6. September 2005, Rhein-Main-Hallen, Wiesbaden**

**Kontakt/Contact:**  
Dr. Christina Hirche  
Tel. ++49 (0) 69 / 75 64 - 2 77  
Fax ++49 (0) 69 / 75 64 - 2 72  
e-Mail: presse@dechema.de

Es gilt das gesprochene Wort!

## **Einfluss der EU-Gesetzgebung auf die Entwicklung der Chemie in Europa**

Statement

Ernst Schwanhold

Leiter des Kompetenzzentrums Umwelt, Sicherheit und Energie der BASF  
AG, Ludwigshafen

Welchen Einfluss haben die EU-Gesetzgebung und die von der EU ge-  
setzten Rahmenbedingungen (z. B. Lissabon Beschluss) auf die Entwick-  
lung der Chemie in Europa?

- Europa braucht geeignete Rahmenbedingungen, welche globale Wettbewerbsfähigkeit ermöglichen und die Industrie aufblühen lassen. Um das ehrgeizige Ziel von Lissabon zu erreichen, bis 2010 der dynamischste und wettbewerbsstärkste Wirtschaftsraum der Welt zu werden, ist es notwendig, die Strategie auf das Wesentliche zu konzentrieren: sustainable growth and jobs.
- Bedeutende Faktoren für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie in Europa sind die Regulierung der Umweltpolitik (Umweltpolitik bestimmt Wirtschaftspolitik), Schnelligkeit zur Anpassung und Stärkung der Innovationskraft.
- REACH, wie es sich seit nun vier Jahren immer noch gestaltet, wird weitreichende Auswirkungen auf die chemische Industrie wie auch auf die weiterverarbeitende Industrie in Europa haben und deren Innovationsfähigkeit und Forschung einschränken. KMU's werden am härtesten getroffen, hauptsächlich mehrere tausend Unternehmen im Sektor der Fein- und Spezialchemie.

1 / 2

Diese Presse-Information ist auch im Internet verfügbar:

<http://www.dechema.de>

- Von besonderer Bedeutung für die chemische Industrie sind die Strompreise. Bei dem Strompreis für industrielle Großkunden liegt Deutschland an vierter Stelle (nach Italien, Zypern und Irland). Neben höheren Netzkosten liegt dies vor allem an mangelndem Wettbewerb in der Branche, aber auch an gesetzlichen Zusatzbelastungen, wie zum Beispiel der Stromsteuer, den Belastungen aus der massiven Förderung der regenerativen Energien, der Ökosteuer, Erneuerbare-Energien-Gesetz und dem Emissionshandel.
- Nachwachsende Rohstoffe – dieses Thema gewinnt für die Industrie als außerordentlich großer Verbraucher spürbar an Bedeutung. Mit Blick auf die knapper werdenden fossilen Rohstoffe, die Fragen zum Klimaschutz und auch Restrukturierung der Landwirtschaft in Deutschland muss es also ein gemeinsames Ziel für Politik und Wirtschaft geben: die Forschung an einer stofflichen und energetischen Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen zu intensivieren. Auch die grüne Gentechnik wird da eine Rolle spielen müssen, denn sie ist ein wesentlicher Teil im Spektrum neuer biotechnologischer Möglichkeiten.
- Nachhaltigkeit im Entscheidungsprozess ist zwingend erforderlich. Der Umwelt- und Verbraucherschutz darf nicht zu stark auf Kosten der Industriepolitik betrieben werden, denn Nachhaltigkeit hat drei Säulen; es geht nicht nur um Ökologie. Nachhaltigkeit bedeutet auch die Sicherung von Wohlstand und Arbeitsplätzen für die Menschen in Europa.